

Zwei Regensburger im Klinikreform-Sturm

Die Uni-Professoren Kühling und Kingreen beraten die Bundesregierung

Von Christine Schröpf

Regensburg. Kahlschlag bei den Krankenhäusern – und Ende einer guten medizinischen Versorgung auf dem Land? Die geplante Krankenhausreform des Bundes hat in Ostbayern schwere Befürchtungen ausgelöst – gestützt auf eine Liste, auf der kleinere Krankenhäuser der Region nur noch auf Level-1-Niveau eingestuft sind und damit spezialisierte Fachbereiche kappen müssten. Der CSU-Gesundheitsexperte und Mediziner Stephan Pilsinger hat sie kürzlich vorgelegt und Alarm geschlagen. Ein Warnruf, den zwei Regensburger Uni-Professoren höchst aufmerksam registrierten. Sie haben bei den Berliner-Reformplänen ein wichtiges Wort mitzureden.

Nachbesserungen in Sicht

Thorsten Kingreen ist Mitglied der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eingesetzten Expertenkommission. Das Gremium hatte mit weitreichenden Vorschlägen zu einer neuen Krankenhausstruktur die Proteste ausgelöst. Jürgen Kühling ist Chef der Monopol-Kommission. Das Gremium hatte kürzlich die Expertenkommission – sehr sachlich im Ton, aber nicht unähnlich der Befürchtungen Pilsingers – zum Nachjustieren ermuntert. Zu den Verbesserungsvorschlägen zählten Vorhaltepauschale mit speziellem Regionalfaktor, um Einrichtungen in ländlichen Regionen zu sichern. Krankenhäuser mit Level 1 sollen zudem die Option erhalten, bei der Patientenversorgung einen eigenen, zusätzlichen Schwerpunkt zu setzen. Kingreen selbst bringt neu ins Spiel, dass eine Höherstufung auf Level 2 auch für Krankenhäuser ohne eigene Stroke-Unit für Schlaganfälle oder Geburtshilfe-Abteilung möglich sein könnte, wenn diese Bereiche in einem anderen, nah gelegenen Krankenhaus vorgehalten werden.

Bei allen Unterschieden im Detail sind sich die Wissenschaftler in zwei Punkten einig: Eine Reform ist unvermeidbar. Kühling sagt: „Wir haben begrenzte Mittel und begrenztes Personal bei Ärzten und Pflegekräften. Es geht darum, die Ressourcen besser einzusetzen.“

CSU-Mann Pilsinger hatte auf zwölf betroffene Häuser in



Beraten die Bundesregierung bei der geplanten Krankenhausreform: Jürgen Kühling (l.) und Thorsten Kingreen gehören zwei wichtigen Expertengremien an. Foto: Tino Lex

Berater der Bundesregierung

Regierungskommission:

Das Gremium startete im Mai 2022. Thorsten Kingreen vom Lehrstuhl für Sozialrecht und Gesundheitsrecht der Uni Regensburg zählt zu den 17 Mitgliedern. Er hatte zuvor schon in zwei anderen Bundeskommissionen mitgewirkt.



Mehr ambulant statt stationär ist bei Operationen geplant. F.: dpa

Monopolkommission: Im Fokus stehen Fragen des Wettbewerbs und der Qualitätssicherung – darauf wird auch die Krankenhausreform abgeklopft. Der Regensburger Uni-Professor Jürgen Kühling führt im Gremium seit 2020 den Vorsitz.

der Oberpfalz und weitere 19 in Niederbayern verwiesen. Kingreen und Kühling entgegneten, dass die die Reform längst nicht festgezurr ist. Es werde an vielen Punkten zu Nachbesserungen kommen. Ob und wie Cham, Roding, Bad Kötzing, Schwandorf, Burglengenfeld, Wörth, Tirschenreuth, Kelheim oder Mainburg konkret betroffen sein werden, stehe heute noch nicht fest. Ein neues Gesetz werde frühestens zum 1. Januar 2024 in Kraft treten und dann Zug für Zug mit einer Übergangsfrist von mehreren Jahren umgesetzt. Der Freistaat Bayern könne im übrigen jederzeit mit eigenem Geld etwaige Härten im ländlichen Raum abfedern.

Die Regensburger Professoren bestreiten nicht, dass die Reform zu großen Einschnitten

führen wird. „Die Anzahl der Krankenhäuser wird vermutlich weniger werden“, sagt Kühling. Durch die Umschichtungen könne aber das Niveau der Grund- und Notfallversorgung auf dem Land insgesamt angehoben werden. „Wir haben nicht mehr alles – aber das was wir brauchen, haben wir besser“, formuliert er als Leitschnur der Monopol-Kommission. „Ziel ist, dass der Schlaganfallpatient in Tirschenreuth hinterher eine bessere Versorgung hat als vorher.“ Die Expertenkommission verstehe sich tatsächlich „als Lobbyistin für den ländlichen Raum“, ergänzt Kingreen.

Die Reformpläne werden nicht nur auf dem Land Wirkung entfalten. Auf deutliche Veränderungen sollten sich genauso Ballungsräume mit

einem Angebot von mehreren Krankenhäusern, sagt Kühling. Dort müssten bei der Patientenversorgung Doppel- und Mehrfachstrukturen fallen.

Die Empfehlungen der Expertenkommission bergen weiteren Zündstoff. Stichwort: Mehr ambulante Versorgung. Kingreen nennt Leistenoperationen als Beispiel, die im Unterschied zu vielen anderen Ländern in Deutschland überwiegend stationär durchgeführt würden. Grund seien falsche finanzielle Anreize. „Wir machen im internationalen Vergleich viel zu viel stationär und benötigen dafür Personal, das wir nicht haben“, sagt er.

Stichwort: Integrierte Leitstellen. Sie sollen künftig nach telefonischer oder telemedizinischer Ersteinschätzung Patienten die passende Behand-

„Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ist für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zentral.“

Thorsten Kingreen
Uni-Professor und Mitglied
der Expertenkommission
zur Krankenhausreform

lung zuweisen. Das Spektrum reicht von der Alarmierung des Rettungswagens samt Notarzt bis zum Hausbesuch des Hausarzts oder der medizinischen Beratung per Videocall.

Per Klick zum Arzt

„Wir sind vermutlich das einzige Land weltweit, das sich zwei Notrufnummern leistet – 112 für die dringlichen, 116 117 für die weniger dringlichen Fälle – und den Patienten selbst die medizinische Beurteilung darüber überlässt, wie brisant ihr Fall ist“, sagt Kingreen. Das Ergebnis sei am Wochenende in überfüllten Notaufnahmen der Krankenhäuser zu betrachten. Er empfiehlt, nordische Länder als Vorbild zu nehmen, um das Potenzial der Telemedizin auszuschöpfen. „Die Patienten möchten und müssen ja nicht immer gleich in die Notaufnahme und die Praxen laufen.“

Der Gegenwind gegen die Reformpläne ist enorm: Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek zählt zu den Anführern des Widerstands. Er forderte zuletzt einen „Krankenhaushausgipfel der Praktiker“. Könnte die Reform auf kurzem Weg begraben werden? Für die Kommissionsmitglieder ist das mit Blick auf die Misere der Krankenhäuser keine Option. Das spielt auf die vielen defizitär arbeitenden Einrichtungen an – ein Problem, das auch die Kritiker der Reform im Blick haben. Nichtstun könnte ebenso den Bestand gefährden.

„Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ist für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zentral“, sagt Kingreen dazu. Sie gehören „zum Versprechen des Grundgesetzes, einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen“.

BAYERN IN KÜRZE

Auto krachte in Einkaufszentrum

München. Ein Auto ist gestern in das Olympia-Einkaufszentrum in München gefahren. Ein Mensch wurde dabei laut Feuerwehr leicht verletzt. Auf einem von den Einsatzkräften veröffentlichten Foto im Kurznachrichtendienst Twitter ist ein Wagen zu sehen, der demoliert an einer Rolltreppe in dem Gebäude steht. Die Polizei geht von einem Unfall aus. dpa

B 2: Mutmaßlicher Steinewerfer gefasst

Gersthofen. Nach einer Serie von mehreren Dutzend Steinwürfen auf fahrende Autos in Schwaben hat die Polizei einen Verdächtigen festgenommen. Gegen den 49-Jährigen sei bereits am Freitag ein Haftbefehl erlassen worden, berichteten gestern Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Ermittler prüfen nun, ob der Mann eventuell wegen versuchten Mordes oder anderer Straftaten angeklagt werden kann. Seit Oktober 2022 hatte es auf der autobahnähnlichen Bundesstraße 2 im Landkreis Donau-Ries immer wieder Steinwürfe gegeben. dpa

Franz Herzog von Bayern im Krankenhaus

München. Franz Herzog von Bayern ist im Krankenhaus. Man sei aber nicht in Sorge, sagte eine Sprecherin des 89-Jährigen gestern in München. „Er ist demnächst wieder zu Hause und fleißig.“ Zuvor hatte die Münchner „Abendzeitung“ darüber berichtet. Darin hieß es, der 89-Jährige befinde sich auf dem Weg der Besserung. Seinen Aufenthalt in der Klinik hätte der Wittelsbacher eigentlich lieber nicht publik gemacht, erklärte sein Büro der Zeitung. „Aber es ist auch kein Geheimnis“, hieß es weiter. Franz Herzog von Bayern ist Chef des Adelshauses Wittelsbach und Urenkel des letzten bayerischen Königs. Am 14. Juli feiert er seinen 90. Geburtstag. dpa



Franz Herzog von Bayern ist Urenkel von Ludwig III., dem letzten bayerischen König. F.: dpa

Gemeinden wollen bei Erneuerbaren mitverdienen

Markt Schwaben. Die Gemeinden in Bayern verlangen angesichts der Pläne zur beschleunigten Energiewende einen Anspruch auf Beteiligung an den Erträgen. „Realistisch gesehen sind die ehrgeizigen Ausbauziele, insbesondere das Verdreifachungsziel bei der Photovoltaik, bis zum Jahr 2030 kaum erreichbar“, sagte Gemeindegeschäftspräsident Uwe Brandl gestern in Markt Schwaben bei der Vorstellung eines Positionspapiers zur Stromwende. Die Gemeinden seien grundsätzlich bereit, den immensen Flächenbedarf bereitzustellen, um genügend Strom zu produzieren. „Allerdings brauchen wir gravierende Verbesserungen bei der Wertschöpfung vor Ort“, sagte Brandl. „Bis heute haben die Gemeinden keinen Anspruch darauf, dass sie oder ihre Bürger an den Erträgen beteiligt werden.“

Zehntausende Hektar Flächen sind laut Positionspapier bis etwa 2030 für Windvorangebiete und zusätzlich überbaute Fläche für Photovoltaikanlagen nötig. Wichtig sei eine gleichmäßige Verteilung der flächenintensiven Anlagen auf die Regionen, betonte Brandl. dpa

Missbrauchsopfer um Entschädigung gebracht

Bekannter des Mannes erschlich sich Zahlung des Bistums Regensburg

Berlin/Regensburg. Ein Senior sollte als Opfer sexueller Missbrauchs von der Kirche eine Entschädigung bekommen – und wurde von einem Bekannten um das Geld gebracht. Davon geht zumindest die Berliner Staatsanwaltschaft aus und hat einen 62-Jährigen

wegen Betrug und Urkundenfälschung angeklagt.

Das Bistum Regensburg habe dem Opfer 35 000 Euro als Entschädigung im Mai 2022 zugestanden und überwiesen, teilte die Staatsanwaltschaft gestern mit. Das Geld sei aber nicht bei dem 64-Jährigen an-

gekommen, weil es aufgrund falscher Angaben des Bekannten auf dessen Konto gelandet sei.

Laut Anklage hat der Beschuldigte dem 64-Jährigen im Dezember 2020 beim Ausfüllen eines mehrseitigen Antrags auf Entschädigung geholfen. Als

Bankkonto habe er dabei sein eigenes Konto angegeben. Im Januar 2021 soll der 62-Jährige nach den Ermittlungen noch weiter gegangen sein: Als eine Mitarbeiterin des Bistums ihn kontaktierte und den Mann irrtümlich für den Anwalt des 64-Jährigen hielt, klärte er den Irr-

tum nicht auf. Vielmehr habe er das neue Formular komplett selbst ausgefüllt, es im Namen seines Bekannten unterschrieben, aber seine eigene Bankverbindung angegeben, so der Vorwurf. Wie der Fall auflock, konnte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft nicht sagen. dpa

Sorgt Verbrenner-Aus für „kubanische Verhältnisse“?

Söder, Bernreiter und Aiwanger befürchten, dass viele Autofahrer an alten Gebrauchtwagen festhalten

München. Die bayerische Staatsregierung kritisiert in teils drastischen Worten die Europaparlaments-Entscheidung zum Aus für den Verbrenner-Motor. Sie warnt unter anderem vor „kubanischen Verhältnissen“ auf den Straßen. „Die Autofahrer werden sich nicht alle in Elektroautos zwingen lassen“, sagte Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) gestern in München. „Man wird erleben, dass die meisten von ihnen so lange wie möglich an gebrauchten Autos mit Verbrennungsmotoren festhalten. Ab 2035 werden die Autos auf unseren Straßen nach und nach aussehen wie auf Kuba.“ Auf der Ka-



Verkehrsminister Bernreiter möchte nicht, dass Bayerns Straßen aussehen „wie auf Kuba“.



Wirtschaftsminister Aiwanger warnt vor dem Verlust individueller Mobilität. Fotos: dpa

ribikinsel sind noch viele Oldtimer aus den Tagen vor der Machtübernahme Fidel Castros im Jahr 1959 unterwegs. Das EU-Parlament hatte am Diens-

tag neue CO2-Vorgaben gebilligt, wonach in der EU ab dem Jahr 2035 nur noch Neuwagen verkauft werden dürfen, die im Betrieb keine Treibhausgase

ausstoßen. Die Mitgliedsstaaten müssen den Plänen auch noch zustimmen, dies gilt allerdings so wie die Billigung des Parlaments als Formsache. „Das generelle Verbrenner-Verbot der EU ab 2035 schadet dem Industriestandort Bayern und den Beschäftigten der Autobranche“, schrieb Ministerpräsident Markus Söder (CSU) auf Twitter. „Fossile Kraftstoffe zu reduzieren ist richtig, aber neben Elektromobilität bieten auch e-Fuels und Wasserstoff große Potenziale für klimaneutrale Mobilität.“

CSU-Generalsekretär Martin Huber hatte schon am Dienstag kritisiert, das „links-ideologische“ Verbrennerverbot

schränke die Freiheit von Millionen EU-Bürgern ein. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) sagte: „Das Verbrennerverbot ab 2035 hat in Wahrheit nicht das Ziel, den Verkehr zu dekarbonisieren. Es geht den Ideologen darum, das Auto abzuschaffen und individuelle Mobilität zu verhindern.“ Aiwanger kritisierte: „Anders ist es nicht zu erklären, dass saubere Verbrennungsmotoren der Zukunft, die mit Biosprit oder Synfuels angetrieben werden, der Garaus gemacht werden soll und Wasserstoff in der Mobilität von den Grünen in der Bundesregierung blockiert wird.“ dpa